

Die Synode, an der unter dem Vorsitz des Papstes 15 der insgesamt 18 ukrainischen Bischöfe teilnahmen, begann mit einer Eucharistiefeier im ukrainisch-byzantinischen Ritus in der Sixtinischen Kapelle. Danach traten die Bischöfe zu der ersten von insgesamt nur zwei Arbeitssitzungen zusammen. Bei seiner Eröffnungsansprache gab der Papst offiziell bekannt, was er zuvor schon Kardinal Slipyi geschrieben hatte: „Im übrigen können auf diese Sondersynode weitere folgen... es handelt sich um Synoden, die er [der Großerbischof] einberufen kann, wenn die Notwendigkeit dazu besteht und er die Zustimmung des Papstes eingeholt hat“ (Osservatore Romano, 26. 3. 1980). Nach dem Dank an den Großerbischof und der Aufforderung an die ukrainische Kirche, dem katholischen Glauben und ihrer eigenen geistlichen Identität treu zu bleiben, kam der Papst ausdrücklich auf das Verhältnis zur orthodoxen Kirche zu sprechen: Die Identität der ukrainischen Kirche solle in ihren Augen nicht als Zeichen eines Antagonismus und als ein Verkennen des Lebens und der ruhmreichen Überlieferungen der Ostkirche erscheinen; er hoffe dies „gerade kraft des ökumenischen Geistes von heute, der dem Weg des Dialogs folgt“. Auch Kardinal Slipyi würdigte in einem Grußwort an den Papst die Bedeutung der Synode: Die ukrainische Kirche brauche als seinen Nachfolger einen Mann, der ihre rechtmäßigen Traditionen fortsetze, der sie liebe und verteidige.

Bei der ersten Arbeitssitzung hatten die Bischöfe über einen Dreivorschlag für die Wahl des Koadjutors abzustimmen, der dann dem Papst zur Entscheidung übergeben wurde. In seiner kurzen Ansprache zum Abschluß der Synode am 27. März gab Johannes Paul II. dann die Entscheidung bekannt. Seine Wahl fiel auf den Erstplatzierten der von den Bischöfen vorgelegten Dreierliste, Metropolit *Miroslav Ljubachiwsky* von Philadelphia. Der Papst führte aus, daß die Bischöfe jetzt zu ihren Seelsorgeaufgaben in der Freude zurückkehren könnten, „auf so greifbare Weise zu einer Maßnahme beigetragen zu haben, die für eure Kirche ein gültiger

Schutz und eine besondere Ehre ist“ (Osservatore Romano, 28. 3. 1980). Dieser „glückliche Augenblick der Synode“ müsse als Unterpfand der Einheit im Handeln bestehen bleiben und das Apostolat der Bischöfe leiten. Auf der Synode wurde mit der Ernennung Ljubachiwskys – des Kandidaten des Papstes, der gleichzeitig die Zustimmung der Bischofsmehrheit fand – zum Koadjutor und späteren Nachfolger von Großerbischof Slipyi und mit der Möglichkeit, vorbehaltlich der jeweiligen Zustimmung durch den Papst weitere Synoden abhalten zu können, ein Kompromiß zwischen den weitergehenden Forderungen der Anhänger Kardinal Slipyis und den Interessen des Vatikans und anderer Gruppen der ukrainischen Kirche gefunden. Es wurden die unmittelbar anstehenden Probleme auf eine für alle akzeptable Weise gelöst und damit

wohl auch die Entschärfung interner Spannungen erleichtert, gleichzeitig aber keine vollendeten Tatsachen geschaffen, die die Beziehungen zur russischen Orthodoxie wie zur Sowjetunion belasten könnten.

Ein Vergleich mit der niederländischen Sondersynode ist wegen der völlig verschiedenen Konstellation nur schwer möglich. Dennoch läßt sich wohl eine Gemeinsamkeit festhalten: Der Papst hat sich auch in der hochdiffizilen Angelegenheit der ukrainischen Kirche um eine Lösung bemüht, die sich am Prinzip der Kollegialität orientiert, ohne doch deswegen seinen klaren Kurs aufzugeben. Was die Auswirkungen dieser Lösung auf den Weg der ukrainischen Kirche und ihre Rolle im Kontext der beabsichtigten Intensivierung katholisch-orthodoxer Zusammenarbeit anbelangt, muß wohl vieles offen bleiben. U. R.

## Spanien: neue Herausforderungen an die Kirche

Mit der Annahme des Regierungsentwurfs für ein neues Schulgesetz durch die Abgeordnetenkammer des spanischen Parlaments und der Einbringung der Regierungsvorlage für ein Gesetz über die Einführung der Ehescheidung stehen zwei bedeutende gesellschaftspolitische Themen vor einer *kirchliche Interessen weithin berücksichtigenden Lösung*. Wenn der Schulgesetzentwurf den Senat passiert, womit zu rechnen ist, übernimmt künftig der Staat die Finanzierung des spanischen Privatschulwesens, das sich überwiegend in kirchlicher Trägerschaft befindet. Damit hat die Existenznot vieler Privatschulen, die von 40 Prozent der spanischen Schüler besucht werden, ein Ende. Der zweite, auch von der Kirche hochgeschätzte Vorteil des Gesetzes: Der Besuch privater Schulen wird wie der staatlicher Schulen kostenlos, das heißt, sie stehen gleichermaßen Kindern aus sozial schwächeren Familien offen. Der gegen die Stimmen von Sozialisten und Kommunisten angenommene Gesetzesentwurf gewährt in Artikel 15 außerdem das vielumstrittene

Recht der Schulträger auf Vermittlung weltanschaulicher Lehrinhalte. Ein kirchenfreundlicheres Gesetz kann sich der spanische Episkopat, der sich im vergangenen Jahr noch vor einem heftigen Kulturkampf wähnte, angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse kaum wünschen.

Die Reform des Zivilrechts, die mit Sicherheit mit der Einführung der Ehescheidung einhergehen wird, wird derzeit im Parlament behandelt. Die Regierungsfraktion UCD versucht, das Gesetzespaket möglichst rasch unter Dach und Fach zu bringen, die linke Opposition hält die Regierungsvorlage für indiskutabel. Der Entwurf definiert die Ehescheidung auf dem Hintergrund des geltenden Rechts als „kleineres Übel“; ausschlaggebend für die Rechtsprechung soll die Zerrüttung der Ehe sein. Die Sozialisten und Kommunisten verstehen die Ehescheidung als „Grundrecht“ und streben eine Regelung an, nach der Ehen in beiderseitigem Einvernehmen geschieden werden können. Falls der Regierungsentwurf ohne wesentliche

Änderungen das Parlament passiert – nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion dürfte das Stimmenverhältnis dafür noch günstiger liegen als beim Schulgesetz –, ist der Forderung der Kirche nach staatlichem Schutz für die Institution von Ehe und Familie in hohem Maße Rechnung getragen.

Die bischöflichen Stellungnahmen der letzten Monate zu dieser Frage lassen dennoch auch die Schwierigkeiten der Kirche erkennen, in einer pluralen Gesellschaft die *Grenzen ihrer Kompetenz* zu sehen und zu akzeptieren. Die Bischofskonferenz veröffentlichte nach ihrer Herbstvollversammlung 1979 (19. bis 24. November) eine „Gemeinsame Instruktion über die zivile Ehescheidung“, in der die Unauflöslichkeit der Ehe mit dem Naturrecht begründet wird („Die Gesetze, welche die Unauflöslichkeit der Ehe festlegen und regeln, sind keine bloße Auflage der Gesellschaft, noch ergeben sie sich aus einem nachträglich hinzugefügten religiösen Gebot, sondern sie ergeben sich aus dem Wesen der ehelichen Gemeinschaft selbst“ – zit. nach „Vida Nueva“, 1. 12. 79). Obwohl die Bischöfe ausdrücklich einräumen, daß sie nicht für die gesamte spanische Gesellschaft sprechen können, wird an einigen Stellen der Erklärung doch der Versuch sichtbar, das, was bei Regierung und Volk an „katholischem Staats“-Denken noch in das neu verfaßte Spanien hineinwirkt, für die eigenen kirchlichen Interessen zu nutzen. Ein Vergleich der Instruktion mit der programmatischen Eröffnungsansprache des Vorsitzenden der Konferenz, Kardinal *Vicente Enrique y Tarancón*, macht deutlich, daß der konservative Flügel des Episkopats unter dem Erzbischof von Toledo, Kardinal *Marcelo González Martín*, den Tenor der Erklärung prägte. Der Erzbischof von Toledo hat sich inzwischen öffentlich prinzipiell gegen die Einführung der Scheidung in Spanien ausgesprochen.

Diese Instruktion des Episkopats wie die Solidaritätserklärung des Ständigen Rats an die deutschen Bischöfe in Sachen Küng sind Beweisstücke für jene katholischen Kreise in Spanien, die bei ihrer Kirchenführung seit geraumer Zeit einen Trend nach rechts feststellen

zu können meinen. „*involución*“ ist das in den Medien häufig und unbekümmert benutzte Etikett für die derzeitige spanische Kirchenpolitik. Die Zeitschrift „*Ecclesia*“, Organ der katholischen Aktion, befragte in drei ihrer Ausgaben Politiker, Intellektuelle, Bischöfe und Theologen, wie sie die spanische Kirche zu Beginn der 80er Jahre einschätzten. Die Mehrzahl der Befragten bezeichnete die Haltung der Kirche als „vorsichtig und klug mit der Tendenz zur Rückentwicklung“, relativ wenige bescheinigten ihr noch die „Offenheit“, die sie in den 70er Jahren auch im Vergleich zu anderen europäischen Bischofskonferenzen auszeichnete.

Was in Spanien ungleich heftiger als in diesen anderen Ortskirchen als Rückfall in vorkonziliare Zeiten beklagt wird, hat *nicht nur innerkirchliche Ursachen*. Daß die spanische Amtskirche sich heute anders artikuliert als noch vor zwei oder drei Jahren, ist sicher nicht nur mit dem ebenfalls vielzitierten Einschwenken auf den neuen römischen Kurs zu erklären. Ebenso bestimmend wirken sich die von der Kirche teilweise mit Erschrecken registrierten radikalen Veränderungen des sozialen Umfelds aus. In manchen Phasen des Übergangs von der Franco-Diktatur zur parlamentarischen Demokratie galt die Kirche zu Recht als oppositionelle Kraft und Mitbegründerin eines demokratischen Spaniens. Daß sie damals in ihrem politischen Bewußtsein dem Kirchenvolk weit voraus war, zeigt heute negative innerkirchliche Wirkungen. An die spektakulären Erfolge und die nationalen Verdienste der Kirche in der Zeit des politischen Umbruchs gewöhnt, zeigen sich viele spanische Katholiken heute von einer Kirchenführung enttäuscht, die der hastigen, traditionellen Verhaltensnormen überrollenden gesellschaftlichen Entwicklung mit deutlichen Vorbehalten und restriktiven Lehräußerungen (etwa zur Pornographie-Schwemme) begegnet.

Sieht man einmal von dieser auf einem psychologischen Mißverständnis beruhenden Erklärung der „*involución*“ ab, so scheint die mit einem Mal intensiver auf das Bewahren gerichtete Aktivität der Kirche doch mehr als ein

von äußeren, nämlich politisch-gesellschaftlichen Bedingungen abhängiges Phänomen zu sein. In den vergangenen, für die politische Zukunft entscheidenden Jahren hat sich die Kirche profilieren können. Sie ist für ihre Gläubigen wie für die traditionell antikerikalen Kreise insgesamt gesehen glaubwürdiger geworden. Nachdem die großen politischen Entscheidungen: Ende des Staatskirchentums, Ablösung des Konkordats von 1953 durch Einzelverträge, Selbstfinanzierungsplan (Einführung der Kirchensteuer) und Privatschulgesetz gefallen sind, scheint es nur vernünftig, wenn sich die Amtskirche verstärkt *innerkirchlichen Fragen* widmet.

Dieser Bereich bietet allerdings einige konkrete Anhaltspunkte für das sogenannte Phänomen der „Rückentwicklung“. So wurde die Solidaritätserklärung des Ständigen Rats an die deutschen Bischöfe in Spanien als Überreaktion auf die offenbar unerwartet heftige Kritik einiger Theologen an der vatikanischen Entscheidung gegen Küng empfunden. Zur selben Zeit wurde der Bischof von Vallecas, *Alberto Iniesta*, nach Rom gerufen, wo er in einem Gespräch mit dem Präfekten der Kongregation für die Bischöfe, Kardinal *Sebastiano Baggio*, seine pastorale Arbeit erläutern mußte. Dieser Vorgang verstärkte in Spanien sowohl den antirömischen Affekt als auch das Mißtrauen gegenüber Mitgliedern der spanischen Hierarchie, denen man vorwarf, die Überprüfung initiiert zu haben.

Am 29. Dezember schließlich ereignete sich in Córdoba ein nach Aussage des Ortsbischofs, *José Antonio Infantes Florido*, „trauriger und beklagenswerter Vorfall“: Eine Gruppe von Priestern des Bistums, die auf ihre Laiisierung warten, und ihre Lebensgefährtinnen gaben sich im Rahmen einer liturgischen Feier in einer Kirche ein Treueversprechen, mit der Absicht, ihre „unwürdige Situation“ zu beenden. Der Bischof verwies in einem Hirtenschreiben zu diesem Vorgang auf die Zuständigkeit vatikanischer Stellen. Es ist zumindest nicht bekannt, daß die Spanische Bischofskonferenz wie andere Episkopate auf Bearbeitung der seit langem anhängen-

gigen Laisierungsgesuche gedrängt hätte.

Die Priesterzeitschrift „Vida Nueva“ zog daraufhin zum Jahreswechsel die Bilanz: „Dieses Jahr bedeutet einen klaren Rückschritt beziehungsweise eine Wendung nach rechts. Zu spüren sind gegenwärtig allgemeine Furcht, Jubel bei den Ultras und Empörung bei den Progressiven. Das ‚bischöfliche Zentrum‘ wurde zur Rechten und gewinnt an Stärke“ (29. 12. 79). In dieser Bilanz kommt eine *Unzufriedenheit des Klerus mit der Hierarchie* zum Ausdruck, die vom Kirchenvolk, obwohl weniger reflektiert, offensichtlich geteilt wird und die nicht zuletzt aus der Enttäuschung über unerfüllte hohe Erwartungen an die Institution herzurühren scheint.

In zahlreichen, die spanische Gegenwart analysierenden Zeitberichten ist von nationaler Ernüchterung und gesellschaftlicher Ermüdung die Rede, Erscheinungen, die ein krisenhaftes Ausmaß angenommen haben und in das kirchliche Leben hineinzuwirken beginnen. Merkmale dieser Entwicklung sind wachsendes politisches Desinteresse, passive Erwartungshaltung und damit einhergehend die Ausbreitung einer Konsummentalität, individualistischer Rückzug in die Privat-

sphäre und der Verbindlichkeitsverlust traditioneller Moral- und Wertvorstellungen. Die spanischen Jesuitenprovinziale registrieren in einem gemeinsamen Brief an ihre Ordensleute über das Phänomen der Gewalt in Spanien eine subtile Verkehrung menschlicher Grundwerte im Gefolge eines „utopischen Materialismus“, der die spanische Gesellschaft bereits deutlich prägte. Der Begriff meint einen ungehemmten Konsum- und Besitzhunger, genährt von den sich überbietenden Versprechungen der konkurrierenden politischen Machtgruppen und den stets das leicht Erreichbare suggerierenden Massenmedien. Die mit der politischen Öffnung einhergehende Reizwelle sei auf ein unvorbereitetes und manipulierbares Volk getroffen, das diesen materialistischen Zielen zu erliegen drohe, da es von ihnen ein utopisches Maß an Bewußtsein und Seinsfülle erhoffe.

Die aus solch ungestillten Erwartungen resultierende Enttäuschung ist auch in vielen kirchenkritischen Äußerungen zu finden. In dem soziologischen Phänomen des passiven Verharrens großer Bevölkerungsteile droht der spanischen Kirche wie ihren einem ähnlichen Prozeß ausgesetzten westeuropäischen Schwesterkirchen eine

bereits erkannte, aber längst nicht gebannte Gefahr. Einige der Antworten der „Ecclesia“-Umfrage deuten in diese Richtung, wenn die Befragten etwa das gemeinsame Zeugnis der Gläubigen vermissen und eine allgemeine Lethargie zu spüren glauben. Andere fordern die Evangelisierung der Katholiken aus Tradition, sicherlich eine der großen pastoralen Herausforderungen für die spanische Kirche der 80er Jahre, zu denen auch die „fast nur symbolische Präsenz“ der Kirche unter der Jugend und der Arbeiterschaft gehörten.

Die Aufgabe der spanischen Kirche in den kommenden Jahren ist also bei näherem Hinsehen wie schon in der Zeit des politischen Umbruchs eine *Aufgabe von nationalem Ausmaß*. Die spanische Gesellschaft, in zahllosen Kommentaren und Statements als müde, desorientiert und entmutigt apostrophiert, braucht eine moralische Aufrüstung. Sollten sich die Bischöfe im Anblick dieses ethischen Vakuums und drohender Entkirchlichung tatsächlich auf die Sicherung katholischer Lehrinhalte zurückziehen, dann würde das arg strapazierte Schlagwort von der „involución“ allerdings das Leben der spanischen Kirche in ihrem Kern bedrohen. G. B.

## Entwicklungen

### Christliche Jugendbewegungen im Ostblock

Selbst Skeptiker bestreiten heute nicht mehr das Phänomen einer religiösen Wiedergeburt, die Zeichen einer christlichen Renaissance, in einigen kommunistisch regierten Staaten des Ostblocks. Es betrifft vor allem die Jugend und die Intelligenz und widerspricht damit eklatant der Prophezeiung Lenins, daß der christliche Glaube mit wachsender wissenschaftlicher Aufklärung von selbst absterben werde. Diese Erneuerungsbewegung ist nicht auf eine Kirche beschränkt, sie ist allgemein und breitet sich sowohl unter der orthodoxen Jugend in der Sowjetunion als auch unter der katholischen, vornehmlich in Polen, in der Tschechoslowakei und Ungarn aus, sie ist ebenfalls bei

den evangelischen Kirchen in den genannten Ländern zu beobachten.

Bemerkenswert ist, daß die religiöse Renaissance in den einzelnen Staaten unabhängig voneinander entstand, die Entwicklungen aber erstaunliche Parallelen aufweisen. In allen Ländern geht die Entwicklung nicht auf eine offizielle kirchliche Initiative zurück; inwieweit einzelne in Eigeninitiative den Anstoß zu der Bewegung gaben, ist nur bei der polnischen Oasis-Bewegung und beim Orthodoxen Jugendseminar mit Sicherheit zu sagen. Bei den anderen Gruppen bzw. Bewegungen liegen die Anfänge im dunkeln, wie überhaupt die Nachrichten über die Grup-